

Herr Hombitzer informiert den Ausschuss darüber, dass für den geplanten Rad-, Gehweg ein Förderantrag gestellt sei und dieser auch Aussicht auf Erfolg habe, sodass die Baumaßnahme eventuell im Jahr 2010 zur Ausführung gelangt.

In diesem Zusammenhang stehe auch der ursprünglich konzipierte Rad-, Gehweg zwischen der Hauptkreuzung im Zentrum des Ortes und dem Kreisverkehr bei der Firma Rüggeberg zur Diskussion. Es gebe ernsthafte Überlegungen diesen Weg nicht zu bauen und stattdessen ebenfalls die ehemalige Bahntrasse bis zum Bahnhof bzw. zur B 256 zu nutzen. Der Landesbetrieb Straßen NRW werde voraussichtlich in einem solchen Fall eine Transferleistung in Höhe der Baukosten für den Rad-, Gehweg in Parallellage zur B 256 zahlen.

Für Marienheide habe eine solche Lösung den Vorteil, dass keine Parkplätze im Ortsbereich entfallen müssen und sogar die Chance besteht weitere Parkplätze, z. B. die vielfach diskutierten vor dem Quelle-Shop, zu ermöglichen. Diese sei für die ohnehin schon bescheidene Ausgangssituation der örtlichen Einzelhändler ein positiver Aspekt. Auch touristisch sei die Bahntrasse viel schöner als entlang der Bundesstraße.

Der Ausschuss teilt die Auffassung der Verwaltung, dass die Alternative über die Bahntrasse die bessere Lösung sei.

Darüber hinaus wird verwaltungsseitig die Frage aufgeworfen, ob bei der Herrichtung des Radweges der Tunnel in Gogarten mit genutzt werden solle. Aufgrund der Haushaltssituation stehen dem allerdings erhebliche Bedenken der Verwaltung, so auch von BM Töpfer entgegen. Die Herrichtung des Tunnels inklusive der Sanierung der Stützmauer würde ca. 58.000,00 € kosten; 80 % davon wären durch die Förderung der Regionale 2010 abgedeckt, noch zu zahlen wären 20 % sowie die Unterhaltung in der Folgezeit. Obwohl finanzielle Aspekte deutlich dagegen sprechen, sei die Tunnelnutzung touristisch jedoch durchaus positiv zu sehen. Trotz erheblicher Vorbehalte wegen der zukünftigen Unterhaltungskosten für den Tunnel, soll diese Lösung nicht abschließend verworfen werden. Vielmehr soll die Thematik unter dem Aspekt der gemeindlichen Finanzen sehr kritisch begleitet werden. Hierfür wird angeregt, einmal die genauen Unterhaltungskosten zu ermitteln.